

## **EFRE-Förderung in NRW ab 2014 – Gespräche im Wirtschaftsministerium NRW („EU-Werkstatt NRW-Kommunen) am 17.04.2012 und in der Staatskanzlei NRW (halbjährliches Treffen mit den kommunalen Europa-Beauftragten am 25.04.2012**

Im Rahmen eines von der „EU-Werkstatt NRW-Kommunen“ (Zusammenschluss von Städten und Kreisen in NRW) initiierten Gesprächs mit Herrn Dr. Roth-Harting (Wirtschaftsministerium NRW, Referat für Europäische Wirtschafts- und Strukturpolitik) am 17.04.2012 und des halbjährlichen Treffens mit der Staatskanzlei (Herr Staatssekretär Eumann) wurden zur EFRE-Förderung in NRW ab 2014 erste Hinweise gegeben:

Am 27.03.2012 hat das Landeskabinett eine strategische Plattform zur zukünftigen EU-Kohäsionsperiode beschlossen, um sich gegenüber EU und dem Bund zu positionieren

Darin hat die Landesregierung **Flexibilität für das Operationelle Programm** gefordert, um entsprechend der Zielsetzung der EU die Ziele und Fonds (EFRE, Europäischer Sozialfonds und Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) kombinieren zu können, was besonders den kommunalen Bedürfnissen Rechnung tragen soll.

NRW rechnet, unter der Voraussetzung, dass die Nettozahlerdiskussion in Brüssel ausbleibt, mit **EFRE-Finanzmitteln in Höhe von € 2,3 Mrd.** Wie in der vergangenen Förderperiode sollen wiederum alle Regionen in NRW Zielgebiet sein.

Der Einsatz der EU-Fördermittel soll aus einem Guss erfolgen, die Verantwortung soll bei den einzelnen Ministerien liegen, die Vergabe der Finanzmittel durch Wettbewerbe und zusätzlich Richtlinien erfolgen.

### **Die EFRE-Finanzmittel sollen in 5 Schwerpunkten zum Einsatz kommen:**

1. Forschung und Entwicklung (FuE)
2. Wettbewerbsfähigkeit von KMU,
3. Energieeffizienz und Klima
4. Soziale Eingliederung und Bekämpfung der Armut sowie Bildung
5. Umweltschutz, ländlicher Raum und nachhaltige Entwicklung

Laut Vorgabe der Europäischen Kommission sollen **80 % der EFRE-Finanzmittel** in FuE, Klimaschutz, Energieeffizienz, CO<sub>2</sub>-Reduzierung und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands gehen, was NRW mit seinen Themenschwerpunkten entgegenkommt.

Die für alle Projekte geltenden **Querschnittsziele** werden die Chancengleichheit und die Nachhaltigkeit sein.

Die Europäische Kommission will, **dass 5 % der EFRE-Finanzmittel in die sog. städtische Dimension gehen**; in diesem Zusammenhang hält es die Landesregierung für unrealistisch, bereits vorab die infrage kommenden Städte namentlich zu benennen. Es sollen mindestens zwei Fonds zum Einsatz kommen, inhaltliche Schwerpunkte sollen soziale Eingliederung und Prävention von Armut sein (Federführung Wirtschaftsministerium).

Das **INTERREG V-Programm** erhält 3 % der Finanzmittel,  $\frac{3}{4}$  davon gehen in das INTERREG V A-Programm

**Das Instrument der „Integrierten Territorialen Investitionen“ (gem. Art 99 Allg. VO)** sieht vor, dass Verbünde von Kommunen/Regionen integrierte Entwicklungskonzepte vorlegen können; durch dieses Instrument sollen gemeinsame Schwerpunkte über einen längeren Zeitraum durch einen kombinierten Einsatz von mehreren Fonds entwickelt und gefördert werden (z.B. Entwicklung von mehreren Stadtteilen oder von Hochschulstandorten im Bereich FuE). Nach Auskunft von Herrn Dr. Roth-Harting geht es hier primär um größere Europabüro Rhein-Kreis Neuss - Europe Direct Informationszentrum Mittlerer Niederrhein

zusammenhängende Regionen, die sich über (Zukunfts)Themen definieren und dafür mindestens € 300.000,- aus mehreren Fonds erhalten sollen. Das Land will von Anfang an ein Verfahren entwickeln, das die Anzahl der ITI´s überschaubar macht (als Beispiele wurde die Emscher-Lippe Region oder das Bergische Städtedreieck genannt).

Das Land sieht die von der Europäischen Kommission und den Kommunen geforderte eigenständige Verwaltung und Abwicklung der ITI´s skeptisch bzw. lehnt dies ab, da die gesamte Programmverantwortung beim Land liegt und es durch eine separate kommunale/regionale Abwicklungs- und Prüfungsebene zu Problemen für das Land kommen könnte. Über die Abwicklung der ITI´s ist noch nicht entschieden, es wird darüber nachgedacht, evtl. der Bezirksregierung die Verantwortung hierfür zu übertragen. In diesem Zusammenhang weist das Land ausdrücklich daraufhin, dass die Durchführung von ITI´s Strategiefähigkeit von Kommunen erfordert.

Bei den „**Smart Specialisation Strategies**“ (**Innovationsstrategie, Art. / EFRE VO**) hat das Wissenschaftsministerium NRW die Federführung, das im Rahmen eines ressortübergreifenden Treffens inhaltliche Schwerpunkte und das zukünftige Durchführungskonzept klären will. Nach Auskunft der Staatskanzlei ist beabsichtigt, die Innovationsstrategie für NRW mit den relevanten Akteuren, auch den Kommunen, zu diskutieren (eine Einladung wird rechtzeitig ergehen).

Die **Vergabe der EFRE-Finanzmittel** soll weiterhin durch das bisher bekannte **Wettbewerbsverfahren** erfolgen; **daneben** wird es aber auch gesteuerte Standardverfahren mit festgelegten Kriterien **gem. Richtlinien (sog. Massenprogramme)** geben. Für die Wettbewerbe ist für die zukünftige Förderperiode ein vereinfachtes Verfahren vorgesehen, das zur unbürokratischeren Abwicklung der Wettbewerbsverfahren sorgen soll. Zurzeit wird durch einen externen Gutachter ein Gesamtbericht über die Erfahrungen bei der Durchführung der bisherigen Wettbewerbsverfahren erarbeitet, das Ende 2012 vorliegen und entsprechende Verbesserungsvorschläge zur **Verfahrensvereinfachung und für eine verstärkte Transparenz** vorlegen soll. Parallel hierzu wurde unter Federführung des Wirtschaftsministeriums NRW ein ressortübergreifender AK, in dem auch alle bisherigen Bewilligungsstellen mitarbeiten, eingerichtet (die Stadt Essen ist Mitglied für die kommunale Ebene), die sich ebenfalls mit Vereinfachungsvorschlägen befasst und Ende 2012 einen Bericht vorlegen will. **Zu dem gesamten Komplex soll es Ende 2012 einen Kabinettsbeschluss geben.**

**Das Land plant die Kommunen stärker mit einzubeziehen, z.B. im Themenbereich soziale Stadt.**

## Zeitplan

- Vorlage Eckpunktepapier des Wirtschaftsministeriums NRW zur EFRE-Förderung Ende Mai 2012 mit anschließender Informations- und Diskussionsveranstaltung noch vor der Sommerpause (auch Kommunen sollen eingeladen werden) zwecks Diskussion der Landespläne
- Herbst 2012: Erste Entwürfe für OP NRW
- Ende 2012: Gemeinsames Partnerschaftsabkommen mit den anderen Bundesländern, in die auch die von der Europäischen Kommission vorgeschriebene städtische Dimension mit aufgenommen werden soll
- Frühjahr 2013: Verabschiedung OP durch das Kabinett, danach soll eine Interessensbekundung für ITI´s durch Kommunalverbände möglich sein
- Ende 2013: Vorlage des OP bei der Europäischen Kommission

**Hinweis:**

Nächste Informationsveranstaltung für die Region Mittlerer Niederrhein im Rahmen des AK Europa des Europe Direct Informationszentrums Mittlerer Niederrhein durch Herrn Michael Koch, Wirtschaftsministerium NRW am 10.05.2012 im Kreishaus Neuss

Ruth Harte  
Leiterin Europabüro Rhein-Kreis Neuss/  
Europe Direct Mittl. Niederrhein